Kroatien

Sinisa Kusic

Ein weiteres schweres Jahr liegt hinter dem jüngsten EU-Mitgliedsland Kroatien, in dem sich insbesondere die Wirtschaft nicht erholen konnte. Die Arbeitslosigkeit ist weiterhin angestiegen wie auch die Zahl der Kroaten, die das Land in Richtung Westen verließen. Neben der lahmenden Wirtschaft sind es vor allem die zunehmenden ideologischen Grabenkämpfe, die die kroatische Gesellschaft zu spalten drohen. Die öffentliche Zustimmung für die Regierung unter Zoran Milanovic von der Sozialdemokratischen Partei Kroatiens (SDP) nahm weiterhin ab. Nach einer Serie von Wahlniederlagen verlor die Regierungspartei Anfang 2015 auch das wichtige Rennen um das Präsidentenamt. Der amtierende Präsident Ivo Josipovic, der in allen Umfragen deutlich favorisiert wurde, unterlag am Ende der Kandidatin der HDZ, Kolinda Grabar-Kitarovic. Die Opposition um Tomislav Karamarko von der Partei Kroatische Demokratische Union (HDZ) deutete dies als klares Signal für die kommenden Parlamentswahlen und bereitet sich bereits intensiv auf eine baldige Regierungsübernahme vor. Es bleibt abzuwarten, inwieweit es der Regierung von Milanovic in den noch verbleibenden Monaten gelingt, dringend notwendige Reformen umzusetzen und ein drohendes Szenario ähnlich Griechenlands zu vermeiden. Erste kritische Stimmen aus der Europäischen Union waren bereits zu vernehmen.

Präsidentschaftswahlen

Der Wahlkampf um das Präsidentenamt wurde im Sommer 2014 eingeläutet, als das konservative Lager um Karamarko seine Kandidatin, Kolinda Grabar-Kitarovic, präsentierte. Die stellvertretende Generalsekretärin der NATO war für nicht wenige im politischen Betrieb eine große Überraschung. Obwohl sie bereits das Amt der Außenministerin innehatte, verbrachte sie zuletzt mehrere Jahre als Botschafterin und später für die NATO außer Landes und stand somit für viele nicht auf der politischen Agenda. Ivo Josipovic stieß hingegen in nahezu allen öffentlich-rechtlichen TV- und Radiosendern auf breite Unterstützung, da viele wichtige Posten mit Anhängern der SDP beziehungsweise der Nachfolgepartei des Bundes der Kommunisten Kroatiens (SKH) besetzt sind. Obwohl alle Umfragen einen klaren Sieg des amtierenden Präsidenten vorhergesagt hatten, erfolgte eine Stichwahl mit Grabar-Kitarovic, die völlig unerwartet mit knapper Mehrheit gewann und eine regelrechte Schockstarre im linken Lager auslöste. Damit steht nicht nur erstmals eine Frau an der Spitze des Landes, sondern ihr Vorgänger geht auch als erster Präsident in die Geschichte des Landes ein, der kein zweites Mandat erringen konnte. Für Milanovic bedeutete dies ebenfalls eine schwere Schlappe, da seine SDP Josipovic als Kandidaten unterstützt hatte. Die Unterstützung für die Regierungskoalition fiel in den Bevölkerungsumfragen im März 2015 mit knapp 25 Prozent auf einen Tiefstwert.

Zunehmende Grabenkämpfe und eine neue Konstellation

Mit dem Wahlsieg Grabar-Kitarovics entstand eine neue parteipolitische Konstellation. Milanovic sah sich nun mit einer konservativen Präsidentin konfrontiert, die gewillt war, sich aktiver als ihr Vorgänger in das politische Geschehen einzubringen. Bereits wenige

Tage nach ihrer Amtsübernahme am 19. Februar 2015 kam es zu ersten Spannungen, als sie Milanovic aufforderte, endlich gegen die schwierige wirtschaftliche Lage Kroatiens vorzugehen. Zudem sprach sie sich für die Einberufung einer Parlamentssitzung zur Lage der Nation aus. Der Premierminister wies dies brüsk mit Verweis auf die verfassungsmäßigen Zuständigkeiten der Präsidentin zurück. Seine trotzige Haltung wurde vor allem deutlich, als er sich über Wochen hinweg weigerte, Grabar-Kitarovic zu ihrem Wahlsieg zu gratulieren. Das Wahlergebnis machte die große Spaltung in der Gesellschaft in ein linkes und rechtes Lager deutlich, die ideologischen Grabenkämpfe wurden allerdings bereits in der Ära Josipovic entfacht, der sich unverhohlen dem linken politischen Lager zuwandte. Mit Grabar-Kitarovic weht ein anderer Wind. Bei ihrem offiziellen Staatsbesuch in Deutschland bezeichnete sie Josip Broz Tito nicht nur als Diktator, sondern ließ auch seine Büste aus ihrem Amtssitz entfernen. Dafür wurde sie von großen Teilen der linksorientierten Presse heftig attackiert und ihr die Schirmherrschaft über die Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag des Sieges über den Faschismus entzogen. Der jüngste Streit zwischen Grabar-Kitarovoc und Milanovic entzündete sich darüber, wo und wie die Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Befreiungsaktion Oluja und dem Tag des Sieges und der heimatlichen Dankbarkeit begangen werden sollten. Milanovic schlug eine parallele Veranstaltung in Zagreb vor, während Grabar-Kitarovic den Schwerpunkt allein auf Knin belassen wollte.

Wirtschaftliche Lage

Die wirtschaftliche Lage ist ernst. Die seit mehreren Jahren anhaltende wirtschaftliche Stagnation setzte sich in Kroatien fort und das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank 2014 um rund 0,4 Prozent unter den Vorjahreswert. Damit hat Kroatien seit Ausbruch der Finanzkrise 2008 insgesamt über ein Sechstel seiner wirtschaftlichen Leistungskraft eingebüßt. Obwohl einige Prognosen für 2015 etwas optimistischer ausfielen und die Regierung darin bereits eine wirtschaftliche Erholung sah, deuten die ausschlaggebenden Indikatoren noch auf keine Trendwende hin. Weiterhin hoch verharrt die Arbeitslosigkeit bei knapp 20 Prozent. Insbesondere unter den jungen und gut ausgebildeten Kroaten ist die Lage dramatisch. Viele von ihnen nutzen die Möglichkeiten innerhalb der Europäischen Union, das Land in Richtung Westen zu verlassen, mit verheerenden Folgen für die künftige Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, aber auch den demographischen Wandel. Gleichzeitig haben sich die mit dem EU-Beitritt Kroatiens verbundenen Hoffnungen auf Mittel aus EU-Fonds für Infrastrukturinvestitionen und Investitionen in die Landwirtschaft bislang nicht erfüllt. Grund dafür ist die zu geringe Absorptionsfähigkeit Kroatiens zur Vorbereitung und Durchführung entsprechender Projekte. Problematisch ist nach wie vor das hohe Haushaltsdefizit. Nachdem die Europäische Kommission bereits 2014 im eingeleiteten Defizitverfahren die Haushaltsprobleme anmahnte, wurden zwei Nachtragshaushalte notwendig, da mehrere Privatisierungsvorhaben staatlicher Unternehmen in Ermangelung eines ernsthaften Käuferinteresses zurückgestellt werden mussten. Im Herbst 2014 wurde eine Industriestrategie vom Kabinett verabschiedet, um im Ausland gezielt um Investitionen in prioritären Wirtschaftsbranchen zu werben. Allerdings ist eine nennenswerte Zunahme der ausländischen Investitionen bislang an einer ausufernden Bürokratie, steigenden Steuern und rigiden Arbeitsgesetzen gescheitert. Nachdem im Mai 2015 die Kommission Kroatien signalisierte, dass man mit den Reformbemühungen der Regierung in Zagreb unzufrieden sei, versprach Milanovic eine neue Offensive für mehr Wachstum und Beschäftigung. Es ist allerdings fraglich, inwieweit es im beginnenden Wahlkampf gelingen kann, die dazu notwendigen Reformen auch tatsächlich umzusetzen.